

4028 A  
**Justiz-Ministerial-Blatt  
für Hessen**

HESEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ,  
FÜR INTEGRATION UND EUROPA

65. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. Oktober 2013

Nr. 10

	Seite
Inhalt:	
Runderlasse	
Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkosten-	
gesetz (DB-GvKostG) .....	629
Bekanntmachungen	
Widerruf der Genehmigung zur Verwendung eines Gerichtskostenstemplers . .	631
Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei den	
Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozial-	
gerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2012. ....	632
Verordnungen des Präsidenten des Oberlandesgerichts	
Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Orts-	
gerichte im Lande Hessen. ....	664
Personalnachrichten .....	665
Berichtigungen .....	665
Stellenausschreibungen .....	670
Ausschreibung freier Notarstellen. ....	675
Buchbesprechungen .....	677

## RUNDERLASSE

**Nr. 16 Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostenge-**  
**gesetz (DB-GvKostG). RdErl. d. HMdJIE v. 13. 09. 2013 (5653 - II/B 3 - 2012/11265 - II/A)**  
– JMBl. S. 629 – – Gült.-Verz. Nr. 2105, 26 –

RdErl. v. 25. 7. 2008 (JMBl. S. 257)

### I.

Die Landesjustizverwaltungen haben folgende bundeseinheitliche Änderungen der Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostengesetz (DB-GvKostG) vom 25. Juli 2008 (JMBl. S. 257) vereinbart:

**A. Abschnitt A wird wie folgt geändert:**

1. Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Satz 1 und 2 gelten nicht, wenn der Auftrag zurückgegeben wird, weil die Anschrift der Schuldnerin oder des Schuldners unzutreffend und die zutreffende Anschrift der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher nicht bekannt ist und auch nicht ermittelt werden konnte.“

b) In Abs. 3 werden die Wörter „eidesstattliche Versicherung“ durch das Wort „Vermögensauskunft“ ersetzt und der Klammerzusatz „(§ 900 Abs. 2 Satz 1 ZPO)“ gestrichen.

c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „eidesstattlichen Versicherung“ jeweils durch das Wort „Vermögensauskunft“ und der Klammerzusatz „(§ 900 Abs. 2 Satz 1 ZPO)“ durch den Klammerzusatz „(§ 807 Abs. 1 ZPO)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „Widerspricht dagegen der Gläubiger der sofortigen Abnahme oder“ gestrichen.

d) Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Nebengeschäfte im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 3 GvKostG sind insbesondere

a) die Entgegennahme einer Zahlung im Zusammenhang mit einem Vollstreckungsauftrag oder einem sonstigen selbständigen Auftrag; dies gilt auch dann, wenn im Zeitpunkt der Entgegennahme der Zahlung das Hauptgeschäft bereits abschließend erledigt ist,

b) die Einholung von Auskünften bei einer der in den §§ 755, 802l ZPO genannten Stellen.“

e) Als Abs. 8 wird angefügt:

„(8) Stellt die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher fest, dass die Schuldnerin oder der Schuldner in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verzogen ist, sind die bis zum Zeitpunkt der Auftragsabgabe fällig gewordenen Gebühren und Auslagen anzusetzen. Ist die Schuldnerin oder der Schuldner innerhalb des Amtsgerichtsbezirks verzogen, sind die entstandenen Gebühren und Auslagen der übernehmenden Gerichtsvollzieherin oder dem übernehmenden Gerichtsvollzieher zum Zweck des späteren Kostenansatzes (§ 5 Abs. 1 Satz 1 GvKostG) mitzuteilen. Satz 3 der Vorbemerkung zum 6. Abschnitt des Kostenverzeichnisses bleibt unberührt. Hat die abgebende Gerichtsvollzieherin oder der abgebende Gerichtsvollzieher einen Vorschuss gemäß § 4 GvKostG erhoben, sind die durch Abrechnung des Vorschusses bereits eingezogenen Gebühren und Auslagen der übernehmenden Gerichtsvollzieherin oder dem übernehmenden Gerichtsvollzieher mitzuteilen.“

2. In Nr. 5 Satz 2 wird der Klammerzusatz „(§ 2 Nr. 2 GVO)“ durch den Klammerzusatz „(§ 2 Satz 3 GVO)“ ersetzt.

3. Nr. 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 wird das Wort „Prozessbevollmächtigten“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigten“ ersetzt.
  - b) In Abs. 2 wird das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.
4. In Nr. 8 Abs. 1 Satz 3 wird der Klammerzusatz „(§ 11 Nr. 3 GVO)“ durch den Klammerzusatz „(§ 11 Abs. 3 GVO)“ ersetzt.

**B.** Abschnitt B wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 11 Abs. 1 Satz 2 wird im Klammerzusatz die Angabe „§ 167 Nr. 2 GVGA“ durch die Angabe „§ 167 Abs. 2 GVGA“ ersetzt.
2. In Nr. 14 Abs. 1 Satz 2 wird der Klammerzusatz „(vgl. § 77 Nr. 4, § 84 GVGA)“ durch den Klammerzusatz „(vgl. § 77 Abs. 4 GVGA)“ ersetzt.
3. Nr. 16 wird aufgehoben.

## II.

Dieser Runderlass tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

---

## BEKANNTMACHUNGEN

### **Widerruf der Genehmigung zur Verwendung eines Gerichtskostenstemplers. Bek. d. HMdJIE v. 19. August 2013 (5250/1 - Z/C3 - 2013/7782 - Z/C) – JMBl. S. 631 –**

Die Genehmigung zur Verwendung des auf Rechtsanwälte Dr. Heescher und Simbach, Ahstr. 4 und Neumarkt, 45879 Gelsenkirchen zugelassenen Francotyp-Postalia-Gerichtskostenstemplers mit der Kennziffer/Klischee-Nummer 601 wurde mit Wirkung vom 18. Juli 2013 widerrufen.

Abdrucke des vorgenannten Gerichtskostenstemplers, die nach diesem Zeitpunkt gefertigt wurden, sind ungültig.

Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Verwendung des genannten Gerichtskostenstemplers sind dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf, zum Aktenzeichen 5250 E –Z. 2/13 unmittelbar mitzuteilen.

**Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2012 Bek. d. MdJIE v. 10. 09. 2013 (1441 - I/B1 - 2013/4991 - I/B)**  
**- JMBl. S. 632 -**

(Letzte Übersicht für 2012 in JMBl. S. 274)

**AMTSGERICHTE**

**A Zivilsachen (ohne Familiensachen)**

<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
1. Mahnsachen	617.590	575.581	532.548
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	98.142	96.313	95.046
Erledigungen	98.792	96.835	95.441
Unerledigt am Jahresende	47.229	46.557	46.148
b) Erledigte Verfahren	98.792	96.835	95.441
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	8	12	18
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Voll- streckungsvertrages	226	230	182
	0,2%	0,2%	0,2%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2.604	2.339	2.277
	2,6%	2,4%	2,4%
Klageverfahren	71.102	76.471	79.082
	72,0%	79,0%	82,9%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozess- gerichts gehörende Verfahren	24.818	17.707	13.799
	25,1%	18,3%	14,5%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	512	432	467
	0,5%	0,4%	0,5%
Schuldrechtsanpassungs- und Boden- rechtssachen der neuen Länder	17	7	13
	0,0%	0,0%	0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	984	886	997
	1,0%	0,9%	1,0%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Verkehrsunfallsachen	10.264 10,4%	9.839 10,2%	9.951 10,4%
Wohnungsmietsachen	22.237 22,5%	22.347 23,1%	22.772 23,9%
sonstige Mietsachen	2.803 2,8%	2.927 3,0%	2.823 3,0%
Kaufsachen	12.872 13,0%	12.250 12,7%	14.082 14,8%
Arzthaftungssachen	200 0,2%	179 0,2%	151 0,2%
Reisevertragssachen	2.164 2,2%	3.580 3,7%	4.931 5,2%
Kredit-/Leasingsachen	1.927 2,0%	2.066 2,1%	1.821 1,9%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.949 3,0%	2.955 3,1%	2.879 3,0%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	4.781 4,8%	4.332 4,5%	4.318 4,5%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	639 0,6%	590 0,6%	562 0,6%
Angelegenheiten nach dem Gewalt- schutzgesetz	82 0,1%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	2.658 2,7%	2.498 2,6%	2.426 2,5%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	193 0,2%	146 0,2%	166 0,2%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	33.212 33,6%	31.534 32,6%	26.864 28,1%
3. Verteilungsverfahren	21	33	39
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	5.595	5.157	4.508
5. Zwangsverwaltungen	1.528	1.267	1.104
6. Vollstreckungssachen	227.314	227.302	224.593
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.389	1.429	1.210

<b>II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahren (IN)	6.750	6.944	6.061
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	8.550	8.022	7.018
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	52	46	34
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	3.092	3.122	2.765
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	8.044	7.504	6.568
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	16	13	36
d) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	369	458	502
<b>III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</b>			
1. Grundbuchsachen			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	117.882	123.056	127.945
b) Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	255.034	264.591	275.568
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	5.736	4.860	4.756
2. Landwirtschaftssachen	69	53	57
3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) Eingetragene Vereine	47.093	47.627	48.176
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen	34.989	35.133	35.153
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.896	1.890	1.861
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	85.214	87.575	89.559
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	9	9	9
c) Eingetragene Genossenschaften	412	429	439
d) Seeschiffe	213	211	211
e) Binnenschiffe	248	248	250
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pfllegschaften des Vormundschaftsgerichts sowie Pfllegschaften des Betreuungsgerichts	1.428	1.172	1.230
b) Am Jahresende anhängige Betreuungen	90.897	93.059	93.988

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
c) Betreuungsverfahren wurden anhängig	33.738	33.291	32.189
d) Andere betreuungsgerichtliche Angelegenheiten wurden anhängig	310	185	168
5. Unterbringungssachen (einschließlich Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung) darunter Abschiebehaftsachen	21.961 1.209	26.876 1.102	25.507 829
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	35.509	35.455	37.027
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	44.755	45.618	45.990
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	73.169	72.107	70.666
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	2.038	1.776	1.760
c) Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	49	27	16
d) Standesamtssachen	283	292	323
<b>IV. Kirchenaustritte</b>	27.711	23.054	22.924
<b>V. Hinterlegungssachen</b>	3.946	4.198	4.101

### **B Familiensachen**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	52.697	50.007	49.874
Erledigungen	49.817	51.840	51.487
Unerledigt am Jahresende	38.497	36.664	35.054
b) Erledigte Verfahren	49.817	51.840	51.487
Davon waren			
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	2.628	3.052	3.258
	5,3%	5,9%	6,3%
Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	100	89	93
	0,2%	0,2%	0,2%
Familiensachen	41.494	40.920	40.248
	83,3%	78,9%	78,2%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Einstweilige Anordnungen	5.588 11,2%	7.776 15,0%	7.884 15,3%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	71.343	72.675	71.398
Davon waren			
Scheidung	17.398 24,4%	17.052 23,5%	16.432 23,0%
Andere Ehesachen	79 0,1%	68 0,1%	63 0,1%
Elterlichen Sorge	9.601 13,5%	10.304 14,2%	10.260 14,4%
Umgangsrecht (auch nach § 165 FamFG)	3.851 5,4%	3.923 5,4%	4.102 5,7%
Herausgabe des Kindes	293 0,4%	310 0,4%	280 0,4%
Unterhalt für das Kind	6.440 9,0%	6.158 8,5%	5.922 8,3%
Sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	109 0,2%	98 0,1%	84 0,1%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	4.675 6,6%	4.256 5,9%	4.003 5,6%
Versorgungsausgleich	18.920 26,5%	19.303 26,6%	18.934 26,5%
Ehewohnung und/oder Haushalt	1.403 2,0%	1.374 1,9%	1.257 1,8%
Güterrechtssachen	1.599 2,2%	1.568 2,2%	1.538 2,2%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	2.589 3,6%	3.111 4,3%	3.135 4,4%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	452 0,6%	472 0,6%	455 0,6%
Unterbringung nach § 1631b BGB	892 1,3%	962 1,3%	1.042 1,5%
Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	175 0,2%	225 0,3%	294 0,4%
sonstige Kindschaftssache	132 0,2%	269 0,4%	342 0,5%



	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Abstammungssache	1.275 1,8%	1.196 1,6%	1.130 1,6%
Adoptionssache	571 0,8%	812 1,1%	811 1,1%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	88 0,1%	86 0,1%	90 0,1%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	431 0,6%	659 0,9%	793 1,1%
weitere Familiensache	370 0,5%	469 0,6%	431 0,6%
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrens- gegenständen im Durchschnitt	1,43	1,40	1,39
d) Geschäftsanfall in Vormundschafts- und Pflegschafts- verfahren des Familiengerichts			
1. Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pfleg- schaften und Ergänzungspflegschaften	6.103	6.652	7.254

### **C Strafsachen**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	50.903	47.891	45.250
Erledigungen	52.062	48.688	46.043
Unerledigt am Jahresende	17.325	16.523	15.670
b) Erledigte Verfahren	52.062	48.688	46.043
Davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	49 0,1%	31 0,1%	43 0,1%
zugunsten des Beschuldigten	56 0,1%	29 0,1%	28 0,1%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	1 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	2 0,0%	5 0,0%	1 0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	7 0,0%	1 0,0%	4 0,0%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	11 0,0%	4 0,0%	8 0,0%
Anklagen	40.668 78,1%	37.853 77,7%	35.017 76,1%
Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren	1.728 3,3%	1.445 3,0%	1.237 2,7%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	984 1,9%	827 1,7%	695 1,5%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	237 0,5%	219 0,4%	235 0,5%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	7.868 15,1%	7.931 16,3%	8.389 18,2%
Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	282 0,5%	206 0,4%	247 0,5%
Privatklagen	112 0,2%	85 0,2%	101 0,2%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	36.694	38.428	38.524
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	6.199	6.499	6.131
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	42.193	42.469	42.496

## **D Bußgeldverfahren**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	30.841	36.128	35.144
Erledigungen	30.162	34.886	35.858
Unerledigt am Jahresende	8.554	9.791	9.070
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshafthanträge	16.938	22.448	24.210
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 S. 1 OWiG (Halterhaftung)	1.099	1.190	1.022
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	166	203	259
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.230	1.190	1.417

**E Rechtshilfesachen**  
(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

	2010	2011	2012
Ersuchen a. d. Amtsgericht	7.850	6.496	6.413
Ersuchen an die Geschäftsstelle	3.052	2.947	3.294

**LANDGERICHTE**

**A Zivilsachen**

**I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz**

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	30.544	30.543	28.983
Erledigungen	30.639	30.106	29.317
davon durch die			
Zivilkammer	27.041	26.796	26.123
Kammer für Handelssachen	3.592	3.305	3.186
Kammer für Baulandsachen	6	5	8
Entschädigungskammer	0	0	0
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	27.603	28.072	27.736

b) Erledigte Verfahren

a) Erledigte Verfahren nach der Art

Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	1	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%

Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages

	88	68	44
	0,3%	0,2%	0,2%

Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Absatz 2 AVAG)

	46	56	45
	0,2%	0,2%	0,2%

Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung

	1.987	1.791	1.625
	6,5%	5,9%	5,5%

Klageverfahren

	26.563	26.431	26.484
	86,7%	87,8%	90,3%

Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren

	1.954	1.760	1.118
	6,4%	5,8%	3,8%

b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	2010	2011	2012
<b>Zivilkammern</b>			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1.961 6,4%	2.210 7,3%	2.272 7,7%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	985 3,2%	849 2,8%	748 2,6%
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	288 0,9%	168 0,6%	154 0,5%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	556 1,8%	434 1,4%	322 1,1%
Gewerblicher Rechtsschutz	1.275 4,2%	1.153 3,8%	1.022 3,5%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	4.417 14,4%	4.000 13,3%	3.582 12,2%
Verkehrsunfallsachen	1.733 5,7%	1.813 6,0%	1.810 6,2%
Kaufsachen	2.424 7,9%	2.171 7,2%	2.120 7,2%
Arzthaftungssachen	633 2,1%	602 2,0%	632 2,2%
Reisevertragssachen	85 0,3%	99 0,3%	93 0,3%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsschädigung)	213 0,7%	182 0,6%	219 0,7%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	3 0,0%	3 0,0%	3 0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	4 0,0%	4 0,0%	12 0,0%
Kapitalanlagesachen	207 0,8%	1.518 5,0%	2.553 8,7%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	302 1,1%	748 2,5%	1.093 3,7%
technische Schutzrechte	21 0,1%	59 0,2%	45 0,2%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Kartellsachen	10 0,0%	20 0,1%	21 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	11.924 38,9%	10.763 35,8%	9.422 32,1%

### **Kammer für Handelssachen**

Handelsvertretersachen	120 0,4%	129 0,4%	125 0,4%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	435 1,4%	393 1,3%	394 1,3%
Bausachen	249 0,8%	261 0,9%	268 0,9%
Markensachen	103 0,3%	107 0,4%	108 0,4%
Wettbewerbssachen	659 2,2%	553 1,8%	498 1,7%
Kartellsachen	7 0,0%	12 0,0%	16 0,1%
Verfahren nach dem SpruchG	entfällt	6 0,0%	142 0,5%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.019 6,6%	1.844 6,1%	1.635 5,6%
c) Erledigungen der Zivilkammern	27.041	26.796	26.123
Davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
bei dem Einzelrichter	24.136 89,3%	23.828 88,9%	23.557 90,2%
bei der Kammer	2.905 10,7%	2.968 11,1%	2.566 9,8%

## **II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz**

### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	5.062	5.082	4.988
Erledigungen	5.155	5.178	4.786
davon durch die			
Zivilkammer	5.133	5.141	4.749
Kammer für Handelssachen	22	37	37
Unerledigt am Jahresende	2.551	2.454	2.655

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
b) Erledigte Verfahren	5.155	5.178	4.786
Davon waren			
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0	3	6
	0,0%	0,1%	0,1%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungs- sachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines aus- ländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungs- vertrages	23	17	18
	0,4%	0,3%	0,4%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	11	13	13
	0,2%	0,3%	0,3%
Berufungsverfahren	4.931	5.012	4.707
	95,7%	96,8%	98,3%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungs- gerichts gehörende Verfahren	190	133	42
	3,7%	2,6%	0,9%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
<b>Zivilkammern</b>			
Wohnungsmietsachen	1.073	1.180	1.053
	20,8%	22,8%	22,0%
Sonstige Mietsachen	127	131	129
	2,5%	2,5%	2,7%
Verkehrsunfallachen	748	790	709
	14,5%	15,3%	14,8%
Kaufsachen	328	369	326
	6,4%	7,1%	6,8%
Arzthaftungssachen	24	21	14
	0,5%	0,4%	0,3%
Nachbarschaftssachen	65	60	68
	1,3%	1,2%	1,4%
Reisevertragssachen	179	232	238
	3,5%	4,5%	5,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	96	74	64
	1,9%	1,4%	1,3%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	33	33	27
	0,6%	0,6%	0,6%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	36 0,7%	40 0,8%	28 0,6%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	136 2,6%	153 3,0%	109 2,3%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 - 4 WEG	177 3,4%	129 2,5%	170 3,6%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	40 0,8%	73 1,4%	78 1,6%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.917 37,2%	1.680 32,4%	1.555 32,5%

#### **Kammer für Handelssachen**

Handelsvertretersachen	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1 0,0%	1 0,0%	0 0,0%
Bausachen	1 0,0%	1 0,0%	4 0,1%
Markensachen	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Wettbewerbssachen	0 0,0%	1 0,0%	0 0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	20 0,4%	34 0,7%	31 0,6%

### **III. Beschwerden**

Eingänge	7.147	6.530	6.050
----------	-------	-------	-------

#### **B Strafsachen**

##### **I. Strafsachen in erster Instanz**

###### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.460	1.388	1.229
Erledigungen	1.432	1.453	1.245
Unerledigt am Jahresende	741	674	659

	2010	2011	2012
b) Erledigte Verfahren	1.432	1.453	1.245
Darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	27	25	16
	1,9%	1,7%	1,3%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	16	30	8
	1,1%	2,1%	0,6%
Anklagen	1.248	1.245	1.057
	87,2%	85,7%	84,9%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	81	82	95
	5,7%	5,6%	7,6%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	57	68	66
	4,0%	4,7%	5,3%

## II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.010	2.859	2.879
Erledigungen	3.000	2.961	2.872
Unerledigt am Jahresende	1.235	1.132	1.140
b) Erledigte Verfahren	3.000	2.961	2.872
Davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	2	2	5
	0,1%	0,1%	0,2%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	2	2	2
	0,1%	0,1%	0,1%
Durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	33	28	25
	1,1%	0,9%	0,9%
Berufungen in Officialverfahren	2.681	2.629	2.544
	89,4%	88,8%	88,6%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	282	300	296
	9,4%	10,1%	10,3%

## III. Beschwerden in Strafsachen

Eingänge	3.225	3.182	3.037
----------	-------	-------	-------

## IV. Strafvollstreckungssachen

1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	7.046	7.215	7.546
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	675	823	833



**STAATSANWALTSCHAFTEN UND AMTSANWALTSCHAFT  
FRANKFURT AM MAIN**

**A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**

	2010	2011	2012
<b>I. Anzeigesachen</b>			
(ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	184.222	172.085	172.612
Erledigungen	172.201	184.369	182.071
Unerledigt am Jahresende	54.721	42.595	33.178
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>	76.607	77.487	77.130
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>	257	355	717

**B Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte**

<b>I. Anzeigesachen</b>			
(ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	199.933	199.998	195.279
Erledigungen	201.649	199.529	194.707
Unerledigt am Jahresende	26.517	27.005	27.570
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>	133.964	131.178	135.020
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>	30.167	35.639	34.780

**C Strafvollstreckung**

<b>I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde</b>	66.783	70.362	72.864
<b>II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe</b>			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	2.916	2.600	2.377
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	98.725	91.178	83.882

## D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften

	2010	2011	2012
Gnadensachen	397	407	339
Entschädigungssachen nach dem StREG	77	123	273
Zivilsachen	4	0	0
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	4.473	4.650	4.685

## OBERLANDESGERICHT

### A Zivilsachen (ohne Familiensachen)

#### I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.078	5.317	5.460
Erledigungen	5.231	4.996	4.889
Unerledigt am Jahresende	4.442	4.763	5.334
b) Erledigte Verfahren	5.231	4.996	4.889
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungs- sachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstre- ckungsverfahrens	5 0,1%	3 0,1%	1 0,0%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	118 2,3%	129 2,6%	127 2,6%
Berufungsverfahren	5.070 96,9%	4.827 96,6%	4.736 96,9%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungs- gerichts gehörende Verfahren	36 0,7%	37 0,7%	25 0,5%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	327 6,3%	349 7,0%	347 7,1%
Arzthaftungssachen	172 3,3%	162 3,2%	159 3,3%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	72 1,4%	71 1,4%	62 1,3%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Verkehrsunfallsachen	296 5,7%	297 5,9%	278 5,7%
Kaufsachen	393 7,5%	326 6,5%	328 6,7%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	41 0,8%	52 1,0%	48 1,0%
Reisevertragssachen	22 0,4%	20 0,4%	11 0,2%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	728 13,9%	558 11,2%	510 10,4%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architekten- haftungssachen) und Honorarforderungen von Per- sonen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	203 3,9%	195 3,9%	164 3,4%
Gewerblicher Rechtsschutz	240 4,6%	222 4,4%	195 4,0%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücks- recht betreffend die neuen Länder	0 0,0%	1 0,0%	0 0,0%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	124 2,4%	101 2,0%	109 2,2%
Entschädigungssachen nach dem BEG	2 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	1 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Kapitalanlagesachen	128 2,4%	309 6,2%	513 10,5%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	58 1,1%	200 4,0%	263 5,4%
technische Schutzrechte	0 0,0%	45 0,9%	7 0,1%
Kartellsachen	2 0,0%	1 0,0%	9 0,2%
Vergabesachen	0 0,0%	1 0,0%	3 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.422 46,3%	2.085 41,7%	1.882 38,5%
<b>II. Beschwerden</b>			
Eingänge	2.645	2.566	2.457

## B Familiensachen

I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)	2010	2011	2012
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.285	2.722	2.517
Erledigungen	2.332	2.620	2.465
Unerledigt am Jahresende	1.367	1.469	1.521
b) Erledigte Verfahren			
Davon waren			
Lebenspartnerschaftssachen	1 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Familiensachen	2.331 100,0%	2.436 93,0%	2.236 90,7%
Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	entfällt entfällt	184 7,0%	228 9,2%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	2.477	2.758	2.603
davon betrafen			
Scheidung	124 5,0%	123 4,5%	100 3,8%
Elterlichen Sorge	498 20,1%	576 20,9%	560 21,5%
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	174 7,0%	180 6,5%	171 6,6%
Herausgabe des Kindes	25 1,0%	28 1,0%	15 0,6%
Unterhalt für das Kind	434 17,5%	482 17,5%	411 15,8%
Sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	3 0,1%	3 0,1%	5 0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	542 21,9%	425 15,4%	329 12,6%
Versorgungsausgleich	356 14,4%	526 19,1%	569 21,9%
Ehewohnung und/oder Hausrat	50 2,0%	50 1,8%	50 1,9%
Güterrechtssachen	94 3,8%	107 3,9%	109 4,2%

	2010	2011	2012
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	48 1,9%	90 3,3%	94 3,6%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	7 0,3%	6 0,2%	6 0,2%
Unterbringung nach § 1631b BGB	18 0,7%	18 0,7%	30 1,2%
Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
sonstige Kindschaftssache	12 0,5%	23 0,8%	14 0,5%
Abstammungssache	16 0,6%	35 1,3%	21 0,8%
Adoptionssache	8 0,3%	7 0,3%	9 0,3%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	1 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	15 0,6%	36 1,3%	68 2,6%
weitere Familiensache	46 1,9%	40 1,5%	37 1,4%
<b>II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen</b>	<b>2.096</b>	<b>2.026</b>	<b>2.228</b>

## C Strafsachen

### I. Strafsachen in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2	5	3
Erledigungen	5	1	0
Unerledigt am Jahresende	1	5	8

### II. Strafsachen in der Revisionsinstanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	379	368	388
Erledigungen	388	415	391
Unerledigt am Jahresende	100	53	51

	2010	2011	2012
<b>III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren</b>			
Beschwerden in Strafsachen	1.394	1.406	1.329
Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121 ff. StPO)	153	211	195
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	184	232	246
Auslieferungsverfahren	194	238	290
Verfahren nach § 23 EGGVG	54	46	51
Anträge nach § 51 RVG	54	56	51

#### D Bußgeldverfahren

#### I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden

##### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	867	781	979
Erledigungen	868	784	972
Unerledigt am Jahresende	52	49	56

##### b) Erledigte Verfahren

Davon waren			
Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	500	457	550
	57,6%	58,3%	56,6%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbebeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	368	327	422
	42,4%	41,7%	43,4%

#### II. Sonstiger Geschäftsanfall

Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0
--	---	---	---

### STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT

#### A Ermittlungsverfahren

##### Geschäftsentwicklung:

Eingänge	0	1	0
Erledigungen	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	0	1	1

## B Andere Geschäfte

	2010	2011	2012
Revisionen	427	406	420
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	896	800	1039
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.039	1.125	1.155
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	3.220	3.408	3.410
Haftprüfungsverfahren	151	201	180
Aus- und Durchlieferungssachen	315	374	390
Berufsgerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren	593	547	512
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	197	214	268
Entschädigungssachen nach dem StREG	199	178	185
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	607	792	775
Kartellbußgeldsachen	8	12	7

## VERWALTUNGSGERICHTE

### A Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	7.385	7.732	7.949
darunter Asylsachen	1.544	1.458	1.766
Erledigungen	7.220	6.851	7.100
darunter Asylsachen	1.157	1.311	1.546
Unerledigt am Jahresende	5.199	6.067	6.950
darunter Asylsachen	1.098	1.245	1.474
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	7.220	6.851	7.100
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	83	73	83
	1,1%	1,1%	1,2%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	415	405	334
	5,7%	5,9%	4,7%
Numerus-clausus-Verfahren	124	117	205
	1,7%	1,7%	2,9%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	724	818	769
	10,0%	11,9%	10,8%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	779 10,8%	833 12,2%	771 10,9%
Ausländerrecht	1.104 15,3%	968 14,1%	1.012 14,3%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	1.157 16,0%	1.311 19,1%	1.546 21,8%
Asylrecht - Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	396 5,5%	354 5,2%	366 5,2%
Umweltrecht	218 3,0%	185 2,7%	184 2,6%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	655 9,1%	488 7,1%	596 8,4%
Recht des öffentlichen Dienstes	937 13,0%	668 9,8%	638 9,0%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	85 1,2%	94 1,4%	58 0,8%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	479 6,6%	451 6,6%	490 6,9%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	2 0,0%	3 0,0%	3 0,0%
Sonstiges	59 0,8%	81 1,2%	43 0,6%

## **B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

### **I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**

#### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	7.834	6.386	4.726
darunter Asylsachen	483	490	656
darunter NC-Verfahren	5.383	3.683	2.212



	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Erledigungen	6.380	8.012	5.441
darunter Asylsachen	474	490	627
darunter NC-Verfahren	3.965	5.769	2.493
Unerledigt am Jahresende	3.985	2.357	1.652
darunter Asylsachen	25	22	49
darunter NC-Verfahren	3.643	1.558	1.284
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	6.380	8.012	5.441
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	37	35	36
	0,6%	0,4%	0,7%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	152	132	145
	2,4%	1,6%	2,7%
Numerus-clausus-Verfahren	3.965	5.769	2.493
	62,1%	72,0%	45,8%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	106	75	359
	1,7%	0,9%	6,6%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	365	322	513
	5,7%	4,0%	9,4%
Ausländerrecht	564	549	463
	8,8%	6,9%	8,5%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Asylrecht - Eilverfahren	474	490	627
	7,4%	6,1%	11,5%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	159	161	148
	2,5%	2,0%	2,7%
Umweltrecht	37	53	70
	0,6%	0,7%	1,3%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	170	98	272
	2,7%	1,2%	5,0%

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Recht des öffentlichen Dienstes	224 3,5%	197 2,5%	198 3,6%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	10 0,2%	16 0,2%	12 0,2%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	86 1,3%	91 1,1%	81 1,5%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	2 0,0%	1 0,0%	0 0,0%
Sonstiges	29 0,5%	23 0,3%	24 0,4%
<b>II. Vollstreckungsverfahren</b>	<b>109</b>	<b>128</b>	<b>124</b>
<b>III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens</b>	<b>391</b>	<b>280</b>	<b>304</b>

## **HESSISCHER VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

### **A Hauptverfahren in erster Instanz**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	48	94	95
Erledigungen	73	61	85
Unerledigt am Jahresende	58	91	102

### **B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen**

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.066	895	845
darunter Asylsachen	114	137	101
Erledigungen	1.013	1.055	768
darunter Asylsachen	123	138	104
Unerledigt am Jahresende	663	495	537
darunter Asylsachen	61	59	59

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen) 1.013 1.055 768

	2010	2011	2012
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	14 1,4%	14 1,3%	30 3,9%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	52 5,1%	60 5,7%	46 6,0%
Numerus-clausus-Verfahren	2 0,2%	7 0,7%	5 0,7%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	123 12,1%	94 8,9%	103 13,4%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	135 13,3%	97 9,2%	72 9,4%
Ausländerrecht	146 14,4%	211 20,0%	76 9,9%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	123 12,1%	138 13,1%	104 13,5%
Asylrecht - Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	92 9,1%	79 7,5%	66 8,6%
Umweltrecht	41 4,0%	34 3,2%	25 3,3%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	89 8,8%	104 9,9%	77 10,0%
Recht des öffentlichen Dienstes	77 7,6%	152 14,4%	99 12,9%
Disziplinarrecht/Berufsergerichtliche Verfahren	21 2,1%	8 0,8%	18 2,3%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	94 9,3%	44 4,2%	41 5,3%

	2010	2011	2012
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	2	0	0
	0,2%	0,0%	0,0%
Sonstiges	2	12	6
	0,2%	1,1%	0,8%

**C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/  
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

**I. a) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz:**

Eingänge	930	924	934
Erledigungen	1.050	885	969
Unerledigt am Jahresende	91	123	106
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	1.050	885	969
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	7	10	13
	0,7%	1,1%	1,3%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	32	19	28
	3,0%	2,1%	2,9%
Numerus-clausus-Verfahren	384	302	403
	36,6%	34,1%	41,6%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	28	41	54
	2,7%	4,6%	5,6%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	118	108	98
	11,2%	12,2%	10,1%
Ausländerrecht	224	198	175
	21,3%	22,4%	18,1%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Asylrecht - Eilverfahren	6	3	2
	0,6%	0,3%	0,2%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	65	62	52
	6,2%	7,0%	5,4%
Umweltrecht	11	23	30
	1,0%	2,6%	3,1%

	2010	2011	2012
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	92	49	33
	8,8%	5,5%	3,4%
Recht des öffentlichen Dienstes	47	47	52
	4,5%	5,3%	5,4%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	24	17	22
	2,3%	1,9%	2,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	12	6	7
	1,1%	0,7%	0,7%

**II. Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:**

Eingänge	307	306	383
Erledigungen	384	302	403
Unerledigt am Jahresende	0	3	1

**III. Sonstige Beschwerden** 582 531 463

**HESSISCHES FINANZGERICHT**

**A Klagen**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.777	2.603	2.193
Erledigungen	2.720	2.718	2.670
Unerledigt am Jahresende	3.971	3.846	3.373

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	3.208	3.271	3.235
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Gewinneinkünfte	277 8,6%	338 10,3%	312 9,6%
Überschusseinkünfte	293 9,1%	373 11,4%	405 12,5%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	448 14,0%	397 12,1%	358 11,1%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	55 1,7%	85 2,6%	54 1,7%
Körperschaftssteuer	103 3,2%	107 3,3%	152 4,7%
Objektbezogene Steuern	244 7,6%	260 7,9%	247 7,6%
Verkehrssteuer	459 14,3%	455 13,9%	433 13,4%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	98 3,1%	78 2,4%	85 2,6%
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	627 19,5%	550 16,8%	552 17,1%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	296 9,2%	284 8,7%	347 10,7%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	301 9,4%	340 10,4%	284 8,8%

### **B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	553	508	482
Erledigungen	555	524	464
Unerledigt am Jahresende	177	149	167

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
b) Erledigte Verfahren	555	524	464
Davon waren			
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	529 95,3%	501 95,6%	430 92,7%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	26 4,7%	23 4,4%	34 7,3%

### **C Sonstige Verfahren**

Kostensachen	84	95	43
Sonstige selbständige Verfahren	0	10	8

## **ARBEITSGERICHTE**

### **A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)**

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	32.942	31.425	32.338
Erledigungen	34.782	31.996	31.905
Unerledigt am Jahresende	9.843	9.340	9.816
Davon waren:			
1. Normalklagen			
Eingänge	31.206	29.525	30.505
Erledigungen	33.090	30.074	30.114
Unerledigt am Jahresende	9.216	8.732	9.153
2. Beschlussverfahren			
Eingänge	1.736	1.900	1.833
Erledigungen	1.692	1.922	1.791
Unerledigt am Jahresende	627	608	663

### **B Sozialkassenklagen**

Eingänge	15.632	21.315	17.312
Erledigungen	21.571	18.695	17.106
Unerledigt am Jahresende	3.588	6.208	6.414

### **C Arreste und einstweilige Verfügungen**

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Eingänge	584	538	467

### **D Mahnverfahren**

Eingänge	5.818	49.297	31.612
davon waren			
1. Normalverfahren	1.556	1.452	1.299
2. Sozialkassenverfahren	4.262	47.845	30.313

## **HESSISCHES LANDEsarbeitsgericht**

### **A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2.141	2.039	2.090
Erledigungen	1.984	2.113	1.964
Unerledigt am Jahresende	1.370	1.298	1.420

Davon waren:

#### 1. Berufungen

Eingänge	1.922	1.783	1.765
Erledigungen	1.762	1.891	1.663
Unerledigt am Jahresende	1.268	1.162	1.260

von den erledigten Berufungen waren

Bestandsstreitigkeiten	468	704	538
------------------------	-----	-----	-----

#### 2. Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Eingänge	219	256	325
Erledigungen	222	222	301
Unerledigt am Jahresende	102	136	160

### **B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	551	508	508
Erledigungen	558	519	514
Unerledigt am Jahresende	136	125	121



## SOZIALGERICHTE

<b>I. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Eingänge gesamt	3.206	2.950	2.760
Erledigungen gesamt	3.459	2.919	2.802
Bestand Jahresende gesamt	336	369	328
<b>II. Geschäftsentwicklung Klageverfahren</b>			
Eingänge gesamt	22.284	23.362	20.825
Erledigungen gesamt	23.332	23.367	21.303
Bestand Jahresende gesamt	27.285	27.253	26.781
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	23.332	23.367	21.303
Krankenversicherung	2.865	3.375	3.364
	12,3%	14,4%	15,8%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	1.102	1.019	744
	4,7%	4,4%	3,5%
Pflegeversicherung	443	430	431
	1,9%	1,8%	2,0%
Unfallversicherung	1.432	1.236	1.233
	6,1%	5,3%	5,8%
Rentenversicherung	4.110	4.641	3.548
	17,6%	19,9%	16,7%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	2.488	1.977	1.887
	10,7%	8,5%	8,9%
Angelegenheiten nach dem SGB II	6.442	6.400	5.510
	27,6%	27,4%	25,9%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.090	971	1.157
	4,7%	4,2%	5,4%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	246	177	205
	1,1%	0,8%	1,0%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	2.727	2.850	2.954
	11,7%	12,2%	13,9%
Sonstiges	387	291	270
	1,7%	1,2%	1,3%

## HESSISCHES LANDESSOZIALGERICHT

<b>I. Geschäftsentwicklung I. Instanz</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Eingänge gesamt	13	7	12
Erledigungen gesamt	14	10	13
Bestand Jahresende gesamt	8	9	10
<b>II. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz</b>			
Eingänge gesamt	10	9	7
Erledigungen gesamt	9	9	7
Bestand Jahresende gesamt	1	0	0
<b>III. Geschäftsentwicklung Berufungsverfahren</b>			
Eingänge gesamt	1.763	1.678	1.784
Erledigungen gesamt	1.554	1.772	1.676
Bestand Jahresende gesamt	2.081	1.985	2.092
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	1.554	1.772	1.676
Krankenversicherung	260	261	314
	16,7%	14,7%	18,7%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	60	78	49
	3,9%	4,4%	2,9%
Pflegeversicherung	27	22	25
	1,7%	1,2%	1,5%
Unfallversicherung	263	283	230
	16,9%	16,0%	13,7%
Rentenversicherung	337	479	422
	21,7%	27,0%	25,2%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	167	174	116
	10,7%	9,8%	6,9%
Angelegenheiten nach dem SGB II	240	222	257
	15,4%	12,5%	15,3%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	76	121	126
	4,9%	6,8%	7,5%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	28	33	33
	1,8%	1,9%	2,0%

	2010	2011	2012
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	65 4,2%	82 4,6%	88 5,3%
Sonstiges	31 2,0%	17 1,0%	16 1,0%

#### **IV. Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz**

Eingänge gesamt	363	385	432
Erledigungen gesamt	348	411	375
Bestand Jahresende gesamt	89	63	120

#### **V. Sonstige Beschwerden**

Eingänge gesamt	497	638	636
davon			
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	363	385	432
Erledigungen gesamt	504	600	612
davon			
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	348	411	375
Bestand Jahresende gesamt	187	225	245
davon			
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	89	63	120

# **VERORDNUNGEN DES PRÄSIDENTEN DES OBERLANDESGERICHTS**

**Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ortsgerichte  
im Lande Hessen vom 13.09.2013 (3842 E - I/3 - 2459/11) – JMBl. S. 664 –**

**– Gült.-Verz. Nr. 28 –**

Aufgrund des § 1 Abs. 3 Satz 1 des Ortsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. April 1980 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2010 (GVBl. I S. 114), verordnet der Präsident des Oberlandesgerichts im Benehmen mit dem Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises:

## **Artikel 1**

Abschnitt J. Landgericht Wiesbaden Unterabschnitt III. Amtsgericht Bad Schwalbach der Anlage zu § 1 der Verordnung über die Ortsgerichte im Lande Hessen vom 1. September 1980 (JMBl. S. 792, 1039), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 2012 (JMBl. 2013 S. 5), wird wie folgt geändert:

1. Nr. 16 wird wie folgt gefasst:

„16. Bad Schwalbach“

2. Die Nr. 17 und 18 werden aufgehoben.

3. Die bisherigen Nr. 19 bis 23 werden die Nr. 17 bis 21.

## **Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 1. November 2013 in Kraft.

## PERSONALNACHRICHTEN

### BERICHTIGUNGEN

#### Berichtigung zum JMBl. 09/2013, S. 624

Hier muss es richtig lauten:

#### Notarinnen und Notare

Ausgeschieden ist:

Aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

Notar Michael Franz Wolfrum, Kelkheim, mit Ablauf des 31.07.2013.

---

## PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

#### Oberlandesgericht Frankfurt am Main

Ernannt wurden:

- Zur Oberamtsrätin : Amtsrätin Anke Haas;
- zur Inspektorin : Amtsinspektorin Kerstin Jäckel – durch Überleitung in den gehobenen Justizverwaltungsdienst;
- zur Oberinspektorin : Inspektorin Kerstin Jäckel.

Justizinspektor Florian Kurth wurde in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurden:

Oberamtsrat Stefan Auernigg v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Landgericht Frankfurt am Main, Justizinspektorin Franziska Köhnert v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, Justizinspektor Jürgen Nußbaum v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa in Wiesbaden. Justizsekretärin Tamara Lang v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Frankfurt am Main und Viola Drese v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Frankfurt am Main.

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Regierungsobererrat Jens-Ullrich Perlwitz.

#### **Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main**

Ernannt wurde:

Zum Justizamtmannt : Justizoberinspektor Steffen Wiederhold.

Justizsekretärin Nadine Müller wurde in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurde:

Justizsekretärin Lisa-Marie Rauner v. d. Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main a. d. Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main.

#### **Landgerichte**

Ernannt wurden:

- Zum Oberamtsrat : Amtsrat Helmut Keil in Darmstadt;  
zur Amtsrätin : Amtfrauen Renate Kornherr in Hanau und Sigrid Engelhard in Kassel;  
zum Amtsrat : Amtmänner Johannes Hillebrand in Darmstadt und Rolf Konrad in Gießen;  
zur Amtfrau : Oberinspektorin Marion Murray in Darmstadt;  
zum Amtmann : Oberinspektoren Georg Hartmann in Darmstadt, Martin Kühn und Markus Weinandt in Gießen;  
zum Justizamtmannt : Justizoberinspektor Dir Willemsen in Wiesbaden;  
zur Oberinspektorin : Inspektorin Jeanette Orfanidis in Frankfurt am Main;  
zur Inspektorin : Bewährungshelferinnen Patrizia Kutta, Bianca Mix, Heike Wesner in Darmstadt, Ariane Brückner, Andrea Dittrich, Viola Hartmann, Nadja Heese, Miriam Okuku, Sanida Salkovic, Andrea Dittrich, Elisabeth Weinz in Frankfurt am Main, Miriam Bludau in Gießen – alle unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –;  
zum Inspektor : Bewährungshelfer Florian Bleier in Darmstadt, Jens Berg, Peter Wagner, Matthias Weber in Frankfurt am Main, Oliver Momberg in Kassel, Stephan Sauskojus in Marburg – alle unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –;  
zur Amtsinspektorin mit Amtszulage : Amtsinspektorin Bettina Teuber in Hanau;  
zur Justizobersekretärin : Justizsekretärin Uta Lehmann in Fulda.

Versetzt wurden:

Oberinspektor Christoph Hartmann v. d. Landgericht Darmstadt a. d. Justizvollzugsanstalt Darmstadt, Inspektorin Bianca Mix v. d. Landgericht Darmstadt a. d. IT-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel, Justizinspektor Sebastian Schmitt v. d. Landgericht Frankfurt am Main a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Landgericht Werner Rau in Frankfurt am Main, Oberamtsräte Karl-Heinz Fischer und Peter Jahn in Darmstadt sowie Amtfrau Dorothea Binder in Frankfurt am Main.

#### **Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten**

Ernannt wurden:

Zum Oberamtsrat : Amtsrat Lothar Stier in Frankfurt am Main;  
zur Justizamtfrau : Justizoberinspektorinnen Annette Zeibig in Limburg a. d. Lahn und Susann Willemsen in Wiesbaden;  
zum Justizamtmann : Justizoberinspektor Horst-Michael Laurer in Frankfurt am Main;  
zum Justizoberinspektor : Justizinspektor Matthias Schönberg in Wiesbaden;  
zum Amtsinspektor : Justizhauptsekretär Jörg Harbach in Frankfurt am Main;  
zur Justizhauptsekretärin : Justizobersekretärinnen Alexandra Kroll in Darmstadt und Angela Schwank in Wiesbaden;  
zur Justizobersekretärin : Justizsekretärin Natascha Tinat in Darmstadt.

Justizsekretär Patrick Fauze in Darmstadt wurde in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurden:

Oberinspektor Bernhard Litzinger v. d. Staatsanwaltschaft Limburg a. d. Lahn a. d. Landgericht Limburg a. d. Lahn, Justizinspektorin Ina Zukunft v. d. Staatsanwaltschaft Hanau a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Regierungsoberrätin Barbara Keller in Frankfurt am Main.

## Amtsgerichte

Ernannt wurden:

- Zur Richterin  
am Amtsgericht : Richterinnen auf Probe Britta Nagel und Nadine Wissenburg-Bimberg in Frankfurt am Main, Katharina Marthe Henzler in Rüdeshheim sowie Dr. Kristina Brümmer-Pauly in Bad Schwalbach – alle unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;
- zum Richter  
am Amtsgericht : Richter auf Probe Jan David Faßbender, Dr. Cornelius Trendelenburg und Alexander Hock in Frankfurt am Main – alle unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit;
- zum Oberamtsrat  
mit Amtszulage : Oberamtsrat Norbert Seidel in Kassel;
- zur Oberamtsrätin : Amtsrätin Ingrid Steinmetz in Kassel;
- zum Oberamtsrat : Amtsräte Gerd-Günter Wiedemann in Fritzlar und Arnold Bernhardt in Königstein im Taunus;
- zur Amtsrätin : Justizamtfrauen Dagmar Gaube in Frankfurt am Main, Margit Seibel in Friedberg (Hessen), Sabine Lehmann, Karin Schmidt-Sibeth in Idstein und Heide Linde Neumeyer in Kassel;
- zum Amtsrat : Justizamtmann Volker Borsuk in Kassel;
- zum Justizamtfrau : Justizoberinspektorinnen Astrid Müller in Hanau, und Franziska Schwarz in Offenbach am Main;
- zum Justizamtmann : Justizoberinspektoren Andreas Reichelt in Darmstadt und Moritz Brodtko in Offenbach am Main;
- zur Justizoberinspektorin : Justizinspektorinnen Daniela Ilse in Bad Hersfeld, Daniela Damitsch in Korbach, Christine Buhle in Weilburg, Ariane Rost und Diana Zickler in Wetzlar;
- zum Justizoberinspektor : Justizinspektor Tobias Kloos in Bad Homburg v. d. Höhe;
- zum Obergerichtsvollzieher mit Amtszulage : Obergerichtsvollzieher Uwe Breuer, Matthias Meyer in Kassel und Holger Reusing in Gelnhausen;
- zur Obergerichtsvollzieherin : Gerichtsvollzieherin Kirsten Blumenstein in Kassel;
- zum Obergerichtsvollzieher : Gerichtsvollzieher Alexander Weber in Kassel, Benjamin Brehm in Darmstadt und Oliver Blüher in Wiesbaden;
- zum Amtsinspektor mit Amtszulage : Amtsinspektor Robert Beck in Frankfurt am Main;
- zur Amtsinspektorin : Justizhauptsekretärin Elisabeth Sander in Kassel;
- zum Amtsinspektor : Justizhauptsekretäre Rolf Britting und Dirk Klein in Kassel;



zur Justizhauptsekretärin : Justizobersekretärinnen Rita Taenzer in Frankfurt am Main und Tina Klein in Wiesbaden;

zum Justizhauptsekretär : Justizobersekretär Eckehard Nuhn in Königstein im Taunus;

zur Justizobersekretärin : Justizsekretärinnen Katharina Iffland, Christine Maier und Sabrina Schäfer in Frankfurt am Main sowie Christina Libera und Stefanie Schweizer in Wiesbaden;

zum Justizobersekretär : Justizsekretär Uwe Anton in Frankfurt am Main.

Justizinspektorinnen Anika Grubelnig in Frankfurt am Main, Annika Christ in Lampertheim und Justizsekretärin Monika Schwarz in Frankfurt am Main wurden in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurden:

Justizoberinspektorin Jasmin Kaiser v. d. Amtsgericht Frankfurt am Main a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Justizinspektorinnen Nina Linke v. d. Amtsgericht Frankfurt am Main a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Vanessa Wies v. d. Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe a. d. Amtsgericht Hanau. Justizhauptsekretärin Katrin Tschanz v. d. Amtsgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Hanau und Justizoberinspektorin Katharina Geszler v. d. Amtsgericht Darmstadt a. d. Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Oberamtsräte Erwin Weigel in Gießen, Rüdiger Schulz in Hanau, Amträtin Elke Hammer-schmidt in Gießen, Justizamtfrau Sigrid Gregor in Hanau, Justizamtman Helmut Fuhrmann in Hanau. Obergerichtsvollzieher Helmut Michels in Rüsselsheim, Justizhauptsekretär Erwin Schmidt in Schwalmstadt, Justizhauptsekretär Wilfried Schmidt in Frankenberg (Eder) und Hauptsekretär Gustav Gernsheimer in Darmstadt.

#### **Amtsanwaltschaft**

Justizsekretärin Jasmina Lötzerich wurde in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

#### **Sozialgerichte**

Ernannt wurde:

Zur Richterin  
am Sozialgericht : Richterin auf Probe Nadja Ziegler in Fulda – unter Berufung in das Richter Verhältnis auf Lebenszeit –.

Zum Notar wurde bestellt:

Rechtsanwalt David Eberhard Barié mit dem Amtssitz in Witzenhausen.

Ausgeschieden sind:

Aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

Notar Michael Naab, Frankfurt am Main, mit Ablauf des 31.10.2013,

Notar Dr. Nikolaus Hensel, Frankfurt am Main, mit Ablauf des 31.10.2013,

Notar Norbert Aßmann, Fulda, mit Ablauf des 30.11.2013.

---

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

### **Besetzung einer Referatsleitung im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa**

In der Prüfungsabteilung I des Justizprüfungsamtes – Staatliche Pflichtfachprüfung und Erste juristische Prüfung – ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer Referatsleiterin oder eines Referatsleiters des Referates JPA I/2 im Wege der Abordnung neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet des Referates umfasst im Wesentlichen folgende Gebiete:

- Entscheidungen außerhalb laufender Prüfungsverfahren
- Zulassungen zur Prüfung
- Entscheidungen im Rahmen laufender Prüfungsverfahren
- Abwicklung der Prüfungsverfahren, insbesondere Ladungen und Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung
- Widerspruchsverfahren
- Rechtsstreitigkeiten in Angelegenheiten der staatlichen Pflichtfachprüfung und
- Gleichwertigkeitsprüfung nach § 112a DRiG.

Erwartet werden sehr gute Rechtskenntnisse in allen von der staatlichen Pflichtfachprüfung umfassten Rechtsgebieten, ein ausgeprägtes Interesse an Fragen der juristischen Ausbildung und Prüfung, die Fähigkeit zur exakten juristisch-dogmatischen Analyse nachgewiesen durch langjährige richterliche Berufserfahrung, das Vermögen, Sachverhalte, juristische Aufgabenstellungen und Lösungen inhaltlich, systematisch und sprachlich präzise zu konzipieren, prozessuales Geschick, sprachliche Gewandtheit sowie die Bereitschaft zur kollegialen Zusammenarbeit.

Darüber hinaus wird von der Bewerberin oder dem Bewerber eine ausgeprägte Fähigkeit zur Personalführung und Motivation sowie zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen erwar-

tet. Weitere Anforderungskriterien sind Belastbarkeit, Kreativität, Durchsetzungsvermögen, Flexibilität und ein weit überdurchschnittliches Engagement.

Das Referat JPA I/2 ist inhaltlich auf die Verbindung mit richterlicher Tätigkeit angelegt, wobei die Aufgaben so bemessen sind, dass sie 50 % der regelmäßigen Arbeitskraft in Anspruch nehmen; im Übrigen verbleibt die Richterin oder der Richter in richterlicher Tätigkeit. Dienstort ist Frankfurt am Main.

Der abgeordneten Richterin oder dem abgeordneten Richter soll Gelegenheit gegeben werden, neben ihrer bzw. seiner richterlichen Tätigkeit in einem neuen Aufgabengebiet tätig zu sein.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden im Rahmen der geltenden Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt.

Dem Hessischen Ministerium der Justiz wurde das Zertifikat audit berufundfamilie® hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verliehen.

Interessensbekundungen richten Sie bitte bis zum **15. Oktober 2013** auf dem Dienstweg an das

Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa  
– Zentralbüro –  
Luisenstraße 13  
65185 Wiesbaden.

---

### **Ausschreibung der Stelle der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel**

Bei der Informationstechnikstelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel (IT-Stelle) ist demnächst die Stelle der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten zu besetzen. Es steht eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 BBesG zur Verfügung.

Das Aufgabengebiet umfasst neben der Stellvertretung der Behördenleiterin/des Behördenleiters der IT-Stelle der hessischen Justiz die Leitung eines oder mehrerer eJustice-Projekte.

Dabei sind insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Personalführung und Personalverantwortung
- Projektmanagement
- Grundsatzfragen der Informations- und Kommunikationstechnik der hessischen Justiz

- Grundsatzfragen der Fachanwendungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Bund-Länder-Zusammenarbeit in IT-Angelegenheit (in Abstimmung mit dem HMDJIE)
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

Für diese Funktion werden neben allgemeinen Voraussetzungen auch Überzeugungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, besonders ausgeprägte Urteilsfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft, sicheres und kompetentes Auftreten sowie Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Leistungsbereitschaft und Kreativität erwartet.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte über richterliche/staatsanwaltschaftliche Erfahrung und entsprechende sehr gute und umfassende Rechtskenntnisse verfügen.

Weiterhin ist es für die Ausübung der ausgeschriebenen Position unabdingbar, dass die Bewerberin oder der Bewerber über

- Berufserfahrung in einer geschäftsbereichsübergreifenden Institution im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (oder Vergleichbares)
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Verwaltungsaufgaben einer Behörde und im Umgang mit einer obersten Landesbehörde
- sehr gute Kenntnisse der IT-Landschaft der hessischen Justiz sowie der diesbezüglichen Dienstleistungsbeziehungen
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der IT-Strukturen von Bund und Ländern
- die Fähigkeit, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und im Sinne der strategischen IT-Ausrichtung umzusetzen
- qualifizierte Kenntnisse im Projektmanagement
- ausgeprägte Fähigkeit zur Personalführung, insbesondere die Fähigkeit, Personal sachgerecht einzusetzen, kooperativ anzuleiten und zu fördern
- Integrations- und Motivationskraft und Befähigung zur Konfliktlösung
- ausgeprägtes Verhandlungs- und Beratungsgeschick sowie die Fähigkeit zum Ausgleich
- sehr hohe Kommunikationskompetenz mit Kenntnissen und Fähigkeiten in moderner Erarbeitungsmethodik, Moderation und Präsentation
- Organisationstalent, insbesondere die Fähigkeit, technische und organisatorische Veränderungen umzusetzen
- ein hohes Maß an Selbständigkeit und besondere Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung

verfügt.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte darüber hinaus die Richtlinien zur Förderung der Rotation der Beschäftigten des höheren Dienstes in der Landesverwaltung erfüllen.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden im Rahmen der geltenden Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen richten Sie bitte **auf dem Dienstweg** bis zum **25. Oktober 2013** an das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Zentralbüro, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden.

Das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme der Personalakte wird erbeten.

---

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

### **Ordentliche Gerichtsbarkeit**

1. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht Frankfurt am Main (R 2).  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.3) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
2. Die Präsidentin oder den Präsidenten des Amtsgerichts Kassel (R 4).  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
3. Eine Richterin am Amtsgericht – als weitere aufsichtsführende Richterin – oder einen Richter am Amtsgericht – als weiterer aufsichtsführender Richter – bei dem Amtsgericht Wetzlar (R 2).  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.1) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
4. die Direktorin oder den Direktor des Amtsgerichts Weilburg ( R 2 ).  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

## Staatsanwaltschaften

5. Eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei der Staatsanwaltschaft Kassel (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.7.) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

6. Zwei Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiterinnen bei einer Staatsanwaltschaft oder zwei Oberstaatsanwälte als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.7.) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

## Arbeitsgerichtsbarkeit

7. Die Direktorin oder den Direktor des Arbeitsgerichts Offenbach am Main (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 4).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind **auf dem Dienstweg** zu richten:

Zu Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4, Nr. 5, Nr. 6 und Nr. 7 binnen **drei Wochen** an das Hessische Ministerium der Justiz für Integration und Europa.

**Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens zu Nr. 1 bis Nr. 7 auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.**

## AUSSCHREIBUNG FREIER NOTARSTELLEN

Abschnitt A I Nr. 2 a) 2. Satz des Runderlasses über die Ausführung der Bundesnotarordnung vom 26.10.2009 (JMBl. S. 563), geändert durch Runderlass vom 15. 03. 2011 (JMBl. S. 258), zuletzt geändert durch Runderlass vom 12. 11. 2012 (JMBl. S. 692).

Es sind folgende freie Notarstellen zu besetzen:

### A) Landgerichtsbezirk Darmstadt:

- |  |   |
|--|---|
| 1. im Amtsgerichtsbezirk Darmstadt                                     | 6 |
| 2. im Amtsgerichtsbezirk Dieburg                                       | 1 |
| 3. im Amtsgerichtsbezirk Groß-Gerau                                    | 7 |
| 4. im Amtsgerichtsbezirk Lampertheim                                   | 1 |
| 5. im Amtsgerichtsbezirk Langen (Hessen)                               | 4 |
| 6. im Amtsgerichtsbezirk Michelstadt                                   | 1 |
| 7. im Amtsgerichtsbezirk Offenbach am Main                             | 9 |
| 8. im Amtsgerichtsbezirk Seligenstadt                                  | 1 |
| 9. in der Stadt Bischofsheim<br>(Amtsgerichtsbezirk Groß-Gerau)        | 1 |
| 10. in der Stadt Büttelborn<br>(Amtsgerichtsbezirk Groß-Gerau)         | 1 |
| 11. in der Stadt Mörfelden-Walldorf<br>(Amtsgerichtsbezirk Groß-Gerau) | 1 |
| 12. in der Stadt Viernheim<br>(Amtsgerichtsbezirk Lampertheim)         | 5 |
| 13. in der Stadt Dietzenbach<br>(Amtsgerichtsbezirk Offenbach am Main) | 1 |
| 14. in der Stadt Rodgau<br>(Amtsgerichtsbezirk Seligenstadt)           | 1 |

### B) Landgerichtsbezirk Frankfurt am Main:

- |  |    |
|--|----|
| 1. im Amtsgerichtsbezirk Bad Homburg v. d. Höhe                                      | 3  |
| 2. im Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main   | 40 |
| 3. im Amtsgerichtsbezirk Königstein im Taunus  | 1  |
| 4. in der Gemeinde Oberursel (Taunus)<br>(Amtsgerichtsbezirk Bad Homburg v. d. Höhe) | 3  |
| 5. in der Gemeinde Eschborn<br>(Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main)                | 1  |
| 6. in der Gemeinde Eppstein<br>(Amtsgerichtsbezirk Königstein im Taunus)             | 1  |

<b>C) Landgerichtsbezirk Fulda:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Fulda	3
2. im Amtsgerichtsbezirk Hünfeld	1
<b>D) Landgerichtsbezirk Gießen:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Friedberg (Hessen)	2
2. im Amtsgerichtsbezirk Gießen	4
3. in der Stadt Gießen (Amtsgerichtsbezirk Gießen)	1
<b>E) Landgerichtsbezirk Hanau:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Hanau	5
2. im Amtsgerichtsbezirk Gelnhausen	1
<b>F) Landgerichtsbezirk Kassel:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Eschwege	4
2. im Amtsgerichtsbezirk Kassel	3
3. im Amtsgerichtsbezirk Melsungen	1
4. in der Gemeinde Homberg (Efze) (Amtsgerichtsbezirk Fritzlar)	1
<b>G) Landgerichtsbezirk Limburg a. d. Lahn:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Wetzlar	2
<b>H) Landgerichtsbezirk Marburg:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Kirchhain	1
2. im Amtsgerichtsbezirk Marburg	5
<b>I) Landgerichtsbezirk Wiesbaden:</b>	
1. im Amtsgerichtsbezirk Wiesbaden	14

**Zusatz für die ausgeschriebenen Stellen unter A) 9. bis 14., B) 4. bis 6 und D) 3.:**

Sofern diese freien Notarstellen an den Orten nicht besetzt werden können, stehen die Stellen für den Amtsgerichtsbezirk zur Verfügung.

Der Amtssitz muss in der jeweils bezeichneten Gemeinde (Stadt) bzw. dem Amtsgerichtsbezirk genommen werden.

Ich gebe daher Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die die Voraussetzungen des § 6 BNotO erfüllen, Gelegenheit, die Bestellung zur Notarin oder zum Notar zu beantragen.



Der schriftliche Antrag ist bis spätestens **12. November 2013** unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen (Abschnitt A. II. Nr. 1.) bei dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main einzureichen.

---

## **BUCHBESPRECHUNGEN**

unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

Hrsg. Sebastian Herrler: **Münchener Vertragshandbuch**

Band 5, Bürgerliches Recht I,

7. Neubearbeitete Auflage 2013, XXVII, 1291 Seiten, in Leinen, EUR 129,00

Verlag C.H. Beck

ISBN: 978-3-406-61295-4

Wie sinnvoll ist ein Formularbuch in Zeiten des Internets und der elektronischen Datenbanken? Diese Frage könnte man sich angesichts des hier zu besprechenden Werkes stellen. Die Reihe der Münchener Vertragshandbücher, die ihren Ursprung in den frühen achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts genommen hat, stellt in gewisser Weise einen Anachronismus dar.

Dabei handelt es aber sich nur dann um einen vordergründigen Widerspruch, wenn man Tagesaktualität zum einzigen Maßstab der Qualität machen möchte. Denn aktuell ist der fünfte Band zum Bürgerlichen Recht aus dem Jahr 2013 in der Tat. Alle Formulare wurden nach Mitteilung des Herausgebers von Grund auf neu bearbeitet und sämtliche Anmerkungen gründlich aktualisiert.

Wenn man Formulare und Formularbücher allerdings als geronnenes Wissen und eine Erfahrungssammlung der Autorinnen und Autoren betrachtet, hat das Werk eine begründete Daseinsberechtigung. Es sollte zum Handwerkszeug rechtsgestaltend tätiger Juristinnen und Juristen gehören. Aber auch diejenigen, die im Konfliktfall mit der Auslegung von Verträgen befasst sind, finden hier wertvolle Hinweise zu deren Lösung.

Der Band 5 beinhaltet vier große Bereiche des Zivilrechts:

1. Grundstückskaufverträge,
2. Mietrecht,
3. Dienstleistungs-Werk-und Lieferverträge,
4. Arbeitsvertragsrecht

Zielgruppe des Werkes dürften deshalb breit aufgestellte Generalistinnen und Generalisten seien, die hin und wieder mit der Vertragsgestaltung in unterschiedlichen Rechtsgebieten des Zivilrechts betraut sind.

Im Bereich der Grundstückskaufverträge wird der Generationswechsel bei den Kommentatoren insofern deutlich, als die von Langenfeld langjährig kommentierten Teile nun von mehreren neuen Bearbeitern übernommen wurden. Sie haben den Spannungsbogen von wohl-tuender Kontinuität zu erforderlicher Aktualität gekonnt gespannt. In diesem Teil des Werkes sind insgesamt 29 Vertragstypen dargestellt. Vom eher alltäglichen Kauf eines Bauplatzes oder einer Eigentumswohnung über den eher selteneren Fall des Erwerbs eines in der Flurbereinigung gefangenen Grundstücks bis zu der Zession von Rückübertragungsansprüchen nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen deckt das Werk ein sehr breites Spektrum des Immobilienerwerbs ab. In diesem Kapitel überzeugen neben den ausgereiften Formularen (und dennoch nicht unnötig langen) vor allem die sehr ausführlichen Anmerkungen. Mit ihnen wird auch ein erstmals mit einer bestimmten Vertragskonstellation befasster Bearbeiter ausreichend in das jeweilige Rechtsgebiet eingeführt und vor allem auf die dort bestehenden Fallstricke hingewiesen. Die zitierte Rechtsprechung ist jeweils umfangreich; die Aktualität ist im Sachenrecht nicht zwingend erforderlich.

Der anschließende Bereich des Mietrechts erhält 18 weitere Formulartypen, die für die Beratung des privaten oder kleingewerblichen Vermieters eine ausreichende Basisausstattung darstellen. Nicht aufgeführt sind Spezialfälle der gewerblichen Vermietung und sich dort entwickelnde neuere Vertragstypen.

Im Bereich der Dienstleistungsverträge erschließt sich die Zusammenstellung der Vertragstypen nicht auf den ersten Blick. Vom Darlehensvermittlungsvertrag als Sonderfall des Maklervertrags über den Zubringervertrag, den Architektenvertrag bis zum Vertrag über technisches Gebäudemanagement werden hier unterschiedliche Vertragstypen dargestellt und erläutert, ohne dass ein erkennbarer innerer Zusammenhang besteht.

Als nahezu mutig könnte man das Formular über einen online-Verkaufsvertrag über Waren im B2C-Verkehr bezeichnen. Gerade der Bereich der AGB des Online Versandhandels ist sehr „abmahnträchtig“ Hier ergibt sich die Schwierigkeit unterschiedlicher Rechtsquellen (z.B. BGB, PreisangabenVO, TMG) und einer im Fluss befindlichen Rechtsprechung. Diese Schwierigkeit scheint den Autoren selbst bewusst zu sein, so verweisen sie beispielsweise auf Seite 946 unter Ziffer 10 auf eine möglicherweise rechtswidrige Klauseln in ihrem Formular. Angesichts der Tatsache, dass fehlerhafte AGB. in diesem Bereich auch zu Abmahnungen von Wettbewerbern und Verbänden führen, sollten die Hinweise und Formulierungsvorschläge kritisch betrachtet werden.

Der Bereich des Dienst- und Arbeitsvertragsrechts füllt eine Lücke unterhalb des mehrbändigen arbeitsrechtlichen Vertragshandbuchs. Hierbei konzentrieren sich die Kommentatoren zunächst auf die wesentlichen, quasi alltäglichen, Vertragstypen. Dies bedeutet auch, dass speziellere Vertragstypen wie beispielsweise die Entsendung eines Mitarbeiters ins Ausland oder der Dienstvertrag eines Vorstandsmitglieds nicht abgedeckt werden. In einem weiteren Teil werden jedoch vertragliche Nebenabreden behandelt, so dass sich der Bearbeiter erfor-

derlichenfalls hieraus weitere Vertragsbausteine in die vorgenannten Vertragstypen einbauen kann. Nicht aufgeführt sind indes einseitige Regelungen des Arbeitgebers (beispielsweise zur privaten Nutzung des dienstlichen Internetzugangs) sowie sämtliche kollektivrechtlichen Verträge.

Das Werk ist bereits aufgrund seiner Konzeption, vor allem aber wegen der sehr hilfreichen Erläuterungen und Formulierungsvorschläge den breit aufgestellten Rechtsberatern zu empfehlen. Auch zur Prüfung eines bereits bestehenden Vertrages eignet sich das Münchner Vertragshandbuch. Insoweit kann und will es die flüchtige Lektüre eines online Formulars durchaus ersetzen bzw. ergänzen. Wünschenswert wäre es dennoch, die Vertragsformulare als Datei oder Downloadmöglichkeit zu erhalten. Dies sollte angesichts des Verkaufspreises von Euro 129 möglich sein.

Ungeachtet der aufgezeigten kleineren Schwachstellen ist die Anschaffung des Werkes uneingeschränkt zu empfehlen.

Axel Pabst  
Rechtsanwalt

---

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden.

Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Dr. Meilinger, Wiesbaden

**ISSN 0022-7064**

**Redaktion & Abonnement:**

Herr Lischer

(0611) 32 – 2692 christopher.lischer@hmdj.hessen.de  
Fax: (0611) 32 – 2763

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der Bezugspreis **für das Jahr 2013** in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. Als Einzahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 1,07 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

**Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –**

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.